



Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VII/2021/03277**
Datum: 09.02.2022
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser: Eigendorf, Eric
Ranft, Melanie
Wolter, Tom
Dr. Meerheim, Bodo
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Hauptausschuss	17.11.2021	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	23.02.2022	öffentlich Entscheidung
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung	10.02.2022	öffentlich Vorberatung
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften	15.02.2022	öffentlich Vorberatung
Hauptausschuss	16.02.2022	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	26.01.2022	öffentlich Entscheidung

Betreff: Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Fraktion MitBürger & Die PARTEI und der Fraktion DIE LINKE zur Bewerbung für das EU-Programm zur Klimaneutralität bis 2030

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadt Halle strebt die Klimaneutralität an und folgt dabei dem Grundgedanken, Umwelt und Ökonomie zu verbinden. Das Ziel der Klimaneutralität soll deutlich früher erreicht werden, als es die derzeitigen gesetzlichen Regelungen in Deutschland vorsehen.
2. Die Stadt legt im zweiten Quartal 2022 ihre vorgezogenen Ziele zur Erreichung der Klimaneutralität in ihrem energie- und klimapolitischen Leitbild fest. Die Untersetzung der Ziel- und Zeitachsen in den einzelnen Handlungsfeldern soll integrativ in den bereits anstehenden Planwerken der jeweiligen Akteure erfolgen.

3. Die unteretzten Ziele und Maßnahmen der Handlungsfelder werden in einer geeigneten Form gesammelt und die Fortschritte dokumentiert. Dabei ist es entscheidend für ein klimaneutrales Halle (Saale), in einem geeigneten Beteiligungsformat und einer geeigneten Organisationsstruktur u.a. verbindliche Ziele mit Privatwirtschaft und Privathaushalten zu vereinbaren. Die Stadtverwaltung wird gebeten, diesen Prozess gemeinsam mit allen Klimaschutz-Initiativen (z.B. HalleZero e.V., Klimabündnis Halle) und notwendigen Partnern (z.B. den städtischen Tochtergesellschaften) zu gestalten.

4. Die Stadt setzt weiterhin in allen Handlungsfeldern konsequent Maßnahmen um und akquiriert zur Sicherstellung der Finanzierung dieses Ziels zusätzliche Fördermittel zur Erarbeitung und Umsetzung von Maßnahmen. Hierbei sind Maßnahmen zu identifizieren, die bereits 2023 umgesetzt werden können. Maßnahmen können auch administrative Regelungen oder Richtlinien sein.

5. Der Stadtrat begrüßt ausdrücklich die Initiative „Roadmap Klimaneutralität der Stadt Halle (Saale)“ der SWH. Die Stadtverwaltung wird gebeten, eine Struktur zur Planung und Umsetzung von Maßnahmen zur Erreichung der Klimaneutralität in Abstimmung mit den Beteiligten so zu schaffen, dass sie konsistent und ergänzend zur „Roadmap“ ist. Denkbar ist z.B., Projekte und Maßnahmen der anderen städtischen Unternehmen in die „Roadmap“ zu integrieren.

6. Die Stadtverwaltung unterstützt die Einrichtung eines Klimaschutzrats bis zum Ende des zweiten Quartals 2022. Dabei ist auch die Rolle des Klimaschutzrats in der zu schaffenden Struktur zu definieren.

7. Bei der Erarbeitung von Maßnahmen sowie bei der Beantragung von Fördermitteln zur Erarbeitung und Umsetzung von Maßnahmen sollen – über die SWH hinaus – die Kompetenzen innerhalb der städtischen Unternehmen genutzt werden. Die städtischen Unternehmen werden dazu aufgefordert, ihre bereits jetzt (insbesondere im Energiesektor) umfangreichen Anstrengungen zu intensivieren, um das angestrebte Ziel einer Klimaneutralität deutlich vor den gesetzlich festgelegten Zeitpunkten zu ermöglichen.

gez. Eric Eigendorf
Vorsitzender
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
GRÜNEN

gez. Melanie Ranft
Vorsitzende
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE

gez. Tom Wolter
Vorsitzender
Fraktion MitBürger & Die PARTEI

gez. Dr. Bodo Meerheim
Vorsitzender
Fraktion DIE LINKE

Begründung:

Die Stadt Halle (Saale) steht heute mit einem CO₂-Ausstoß von 4,2 t pro Kopf (Durchschnitt in Deutschland 8,6 t) im Bereich Klimaschutz recht gut da. Dieser niedrige Wert ist jedoch vor allem auf die territoriale Berechnungsmethode nach dem Bilanzierungsstandard Kommunen (Hertle et al. 2014) zurückzuführen. Werden die nicht-energiebedingten Emissionen aus Landwirtschaft und Industrie (Umweltbundesamt 2019a) sowie die durchschnittlichen energiebedingten Emissionen aus Flugverkehr und Industrie (Umweltbundesamt 2019b) berücksichtigt, welche zwar nicht innerhalb der Stadtgrenzen, aber nach dem Verursacherprinzip auch der Einwohnerschaft der Stadt Halle zugeschrieben werden können, betragen die Emissionen pro Person und Jahr 7,7 t, also fast 70% mehr als nach dem Bilanzierungsstandard. Die Stadt Halle profitiert bei der optimistischeren Berechnung also schlicht davon, dass sich auf dem Stadtgebiet keine Autobahn, kein Flughafen, keine größeren (Schwer-)Industrieanlagen u. Ä. befinden. Deshalb ist der Handlungsdruck, durch offensive Maßnahmen den CO₂-Ausstoß schnell und deutlich zu reduzieren, nach wie vor sehr groß und wird immer größer.

Hierbei ist auf eine soziale Ausgewogenheit der Maßnahmen und eine wirtschaftliche Tragbarkeit zu achten. Eine klimafreundliche Stadt ist Standortfaktor für die Wirtschaft und die Menschen, die hier leben - das Beispiel der günstigen Fernwärmepreise im Vergleich zu anderen Städten zeigt, dass sich Klimaschutz und bezahlbare Preise nicht ausschließen.

Die Stadt Halle (Saale) unternimmt bereits zahlreiche Aktivitäten, um das Ziel Klimaneutralität zu erreichen. Viele Städte werden erst nach 2030 ähnlich ambitionierte Klimaschutzziele realisiert haben. Zu den Maßnahmen in der Stadt Halle (Saale) und ihrer Tochtergesellschaften gehören unter anderem Maßnahmen zur CO₂-Reduktion bei der Strom- und Wärmeherzeugung durch Ausbau der regionalen Solarenergienutzung, dem Einsatz von Speichertechnologien, der Nutzung der effizienten Kraft-Wärme-Kopplung, individuelle Quartierlösungen, Untersuchungen zum Einsatz von grünem Wasserstoff, usw. Die Stadt und ihre Tochtergesellschaften setzen bereits auf eine klimaneutrale Stromnutzung (Ökostrom) in allen kommunalen Einrichtungen, bei den Lichtsignalanlagen und bei der Straßenbahn. Klimaneutrale Mobilität wird gefördert durch innovative Elektromobilitäts- und Speicherprojekte und schrittweise Umstellung des städtischen Fuhrparks auf Elektro-Carsharing, den Einsatz von Elektrobussen, die Entwicklung eines Elektromobilitätskonzeptes, usw. Dennoch wäre es in diesem Zusammenhang u.a. hilfreich, das noch verbleibende CO₂-Budget für Halle im Sinne des Pariser Klimaabkommens zu berechnen, um besser einschätzen zu können, wann wir klimaneutral sein müssten, um die Pariser Klimaziele zu erfüllen. Der CO₂-Ausstoß pro Kopf hilft uns dahingehend nur begrenzt weiter und vor allem erzeugt er kontinuierlich den Anschein, dass wir bereits auf einem sehr guten Weg sind und das 1,5°-Ziel halten können - was der Realität kaum entsprechen dürfte. Jedoch darf sich Klimaschutz nicht allein auf eine klimaneutrale Erzeugung von Energie und Wärme beschränken und auch nicht nur rein technisch gedacht werden, sondern ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Energieerzeugern und -nutzern. Die sparsame und effiziente Verwendung von Energie durch die Verbraucherinnen und Verbraucher ist mindestens genauso wichtig wie die Energieerzeugung. Viele Bürgerinnen und Bürger wollen sich klimafreundlich verhalten und wären auch bereit, dafür Geld auszugeben, werden aber z.B. nicht ausreichend über die verschiedenen (Förder-)Möglichkeiten sowie den Nutzen von Energieeinsparungen und Investitionen in umweltfreundliche Technologien (wie private PV-Anlagen, Wärmepumpen u. Ä.) informiert. In diesem Bereich könnte die Stadt, unterstützt durch den Klimaschutzrat, noch viel proaktiver handeln.

Daneben spielen auch Maßnahmen zur Klimaanpassung eine wichtige Rolle. Ohne wirksamen Klimaschutz ist das aber wenig sinnvoll, denn wir können uns und unsere Städte gar nicht so schnell anpassen wie sich die Erde bei einem ungebremsten Klimawandel erhitzen wird. Klimaschutz muss folglich die Priorität haben, wenngleich Klimaanpassung natürlich nicht vernachlässigt werden darf. Im Idealfall geht beides miteinander einher.

In Halle passiert allerdings in beiden Bereichen zu wenig. So findet z.B. der notwendige Umbau Halles zu einer Schwammstadt, die Wasser aufnehmen und speichern und so Extremwetter wie Hitze, Dürre und Starkregen ausgleichen kann, praktisch nicht statt. Die

Stadt muss dringend Optionen für Entsiegelungen und verstärkte Begrünung prüfen, v. a. im Bereich der dicht bebauten Gebiete wie der Innenstadt. Die nächste Extremhitzewelle kommt ganz sicher und die Stadt Halle ist darauf nach wie vor schlecht vorbereitet. 2018 starben über 20.000 deutsche Senioren über 65 durch Extremhitze (Ärztezeitung 2020). Seither ist aber kaum etwas passiert. Vor allem vulnerable Gruppen wie Hochbetagte, Schwangere und chronisch Kranke brauchen besonderen Schutz, was die Stadt bislang noch viel zu wenig berücksichtigt.

Die bisherigen durch die Stadtverwaltung im Auftrag des Stadtrats erarbeiteten Konzepte betonen zwar die Wichtigkeit der Anpassung an den Klimawandel. Die Stadt lässt aber immer noch die Fällung gesunder (Groß-)Bäume für Bauprojekte und eine großräumige Versiegelung von Grünflächen zu, anstatt Planungen an den vorhandenen Gegebenheiten auszurichten und Investoren zu umweltschonender und nachhaltiger Bauweise zu verpflichten. Dabei wäre die Anhebung von Standards in Bebauungsplänen etc. mit keinerlei Kosten für die Stadt verbunden und würde sich langfristig auszahlen, wenn innovative Bauprojekte entstehen, die wiederum neue Bewohner, Investoren und Unternehmen in die Stadt ziehen. Auch in der freien Wirtschaft hat der Transformationsprozess längst begonnen und junge Menschen und Unternehmen werden sich in Zukunft bevorzugt in Städten ansiedeln, die bei der Stadtentwicklung mutig und selbstbewusst in Richtung einer grünen, nachhaltig gestalteten Stadt vorangehen.

Sicher ist: Die Transformation hin zur Klimaneutralität muss und wird stattfinden, und sie wird nicht ohne große Investitionen möglich sein. Ebenso sicher ist, dass es umso teurer wird, je länger die Investitionen aufgeschoben werden, da die Folgen des Klimawandels -bereits jetzt und in Zukunft noch verstärkt - Schäden in Milliardenhöhe verursachen werden. Vor einigen Jahren ging das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung von zusätzlichen Kosten in Höhe von 800 Milliarden Euro bis 2050 (für ganz Deutschland) aus (Bundeszentrale für Politische Bildung 2013). Tendenziell dürfte diese Zahl seither nur noch gestiegen sein. Einer neueren Studie zufolge könnte das BIP in diesem Jahrhundert weltweit im Mittel um 37 % zurückgehen (zuvor ging man von nur 6 % aus) (Die Zeit 2021). Die Kosten für Unwetterschäden und der drohende Verlust von Wirtschaftskraft durch die Folgen des Klimawandels werden auch an der Stadt Halle nicht vorbeigehen und könnten weiter ansteigen, wenn nicht rechtzeitig gegengesteuert wird. Es sollte daher im Interesse Aller sein, Maßnahmen des Klimaschutzes und der Klimaanpassung so zügig wie möglich umzusetzen, um Folgekosten zu vermeiden. Im Übrigen ist klar, dass die Kommune nicht alleine all die notwendigen Investitionen leisten kann. Überall, wo es nur möglich ist, sollten daher Fördermittel von Bund und Land in Anspruch genommen werden. Auch tut die Stadt noch viel zu wenig, um privates Kapital für den Klimaschutz zu mobilisieren und könnte hier durch gezielte Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit sowie Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren noch viel mehr Ressourcen erschließen.

(Die Begründung basiert zu wesentlichen Teilen auf einer Ausarbeitung von Halle Zero e.V., außerdem wurden Teile der Begründung zum Änderungsantrag der Stadtverwaltung übernommen.)